

Stand: 09.02.2026 15:13:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14153

"Zweckentfremdung von Bundesmitteln beenden - Kita-Qualität verbessern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/14153 vom 10.11.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15075 des HA vom 24.11.2016
3. Beschluss des Plenums 17/15232 vom 01.02.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 01.02.2017



Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ruth Waldmann, Susann Biedefeld SPD**

Zweckentfremdung von Bundesmitteln beenden – Kita-Qualität verbessern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Mittel, die vom Bund im Zuge des gemeinsamen Beschlusses der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 24. September 2015 zur Verfügung gestellt werden, um die Länder bei der Bewältigung der wachsenden Herausforderungen für die Kinderbetreuung durch die steigende Zahl von Geflüchteten und Asylbewerberinnen bzw. -bewerbern zu unterstützen, auch tatsächlich für diesen vereinbarten Zweck zu verwenden. Die Zweckentfremdung der Mittel (in Form einer Verwendung für das Bayerische Betreuungsgeld) ist zu beenden.

Der Haushaltssplan 2017/2018 ist entsprechend anzupassen.

Begründung:

In ihrer Besprechung am 24. September 2015 haben die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder weitreichende Beschlüsse gefasst, um auf die Herausforderungen durch die hohe Anzahl an Asyl- und Schutzsuchenden, die vor Krieg, Verfolgung und Not aus ihrer Heimat geflüchtet sind, zu reagieren. Unter anderem wurde beschlossen, dass die Bundesregierung die Länder bei der Bewältigung der Herausforderungen unterstützt, die sich durch den Anstieg der Geflüchteten- und Asylbewerberzahlen für die Kinderbetreuung ergeben.

Hierzu heißt es:

„Die steigende Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern stellt die Kinderbetreuung vor große Herausforderungen. Die Bundesregierung wird die Betreuung von Kindern weiter unterstützen. Hierzu wird der Bund die finanziellen Spielräume im Bundeshaushalt, die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes bis 2018 entstehen, dazu nutzen, Länder und Kommunen bei Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung zu unterstützen“ (Besprechung der Bundeskanzlerin

mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik am 24. September 2015).

Ziel und Verwendungszweck sind somit eindeutig definiert.

Beim Umsatzsteuer-Vorwegbetrag für die Bereiche Asyl und Integration im Kap. 13 01 des Entwurfs des Haushaltssplans für die Jahre 2017 und 2018 sind diese Mittel auch explizit für eine verbesserte Kinderbetreuung ausgewiesen. Es handelt sich für die Haushaltssjahre 2017 und 2018 um 120,7 Mio. Euro beziehungsweise 135,7 Mio. Euro.

Wörtlich heißt es hierzu im Entwurf des Haushaltssplans 2017/2018:

„Nach dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 20. Oktober 2015 beteiligt sich der Bund an den Kosten für Asylbewerber und Flüchtlinge. Über die getroffenen Vereinbarungen hinaus beteiligt sich der Bund gem. Vereinbarung zwischen Bund und Ländern vom 7. Juli 2016 auch an den Kosten der Integration. Insgesamt ergibt sich für die Haushaltssjahre 2017 und 2018 folgende geschätzte Entlastung für Bayern: (...). Anschließend werden unter dem Punkt „Verbesserung Kinderbetreuung“ die Bundesmittel in der oben genannten Höhe genannt.“

Tatsächlich verwendet der Freistaat Bayern dieses Geld jedoch nicht für den oben genannten Zweck. Auf Anfrage erklärte die Staatsregierung: „Der Freistaat Bayern verwendet die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für das bayerische Betreuungsgeld (...). Die Bundesmittel für die Kinderbetreuung stehen in keinem Zusammenhang mit dem Bereich Asyl“ (Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Angelika Weikert, SPD vom 28. September 2016).

Bundesmittel werden somit zweckentfremdet. In der Folge werden Familien Plätze in der Kinderbetreuung vorenthalten und Kindern Teilhabechancen verwehrt. Stattdessen verwendet die Staatsregierung das Geld für die Finanzierung eines familienpolitischen Instruments, das nach Expertenmeinung sozial ungerecht ist, Ungleichheiten zwischen Mann und Frau zementiert, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erschwert, das Armutsriskiko von Alleinerziehenden verstetigt und auch bildungs- und integrationspolitisch völlig falsche Signale setzt. Die vom Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer mitbeschlossene Bund-Länder-Vereinbarung wird folglich gebrochen und ad absurdum geführt.

Dies ist umgehend zu beheben. Die Staatsregierung hat die Mittelverwendung in ihrem Entwurf des Haushaltssplans für die Jahre 2017 und 2018 entsprechend zu korrigieren.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher,
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Drs. 17/14153**

**Zweckentfremdung von Bundesmitteln beenden - Kita-Qualität
verbessern!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Günther Knoblauch**
Mitberichterstatter: **Wolfgang Fackler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 134. Sitzung am 24. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ruth Waldmann, Susann Biedefeld SPD**

Drs. 17/14153, 17/15075

Zweckentfremdung von Bundesmitteln beenden – Kita-Qualität verbessern!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

**über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. Dezember 2016 (Vf. 15-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. der Art. 28 Abs. 4 sowie Art. 29 Abs. 3 und 5 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBl. S. 178) geändert worden ist,
 2. der Art. 29 und 45 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBl. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 4 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBl. S. 178) geändert worden ist,
 3. des Art. 4 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes über die Wahl der Bezirkstage (Bezirkswahlgesetz – BezWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 2003 (GVBl. S. 144, BayRS 2021-3-I), das zuletzt durch § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. Februar 2015 (GVBl. S. 18) geändert worden ist.

PII/G1310.16-0012
Drs. 17/15135 (G)

Die Verfassungsstreitigkeit wird in der nächsten Plenarsitzung gesondert beraten

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 11. November 2016 (2 BvR 166/16) betreffend Verfassungsbeschwerde
 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 28. Dezember 2015 – 2 Ws 782/15 –,
 - b) den Beschluss der auswärtigen Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Regensburg mit dem Sitz in Straubing vom 25. November 2015 – SR StVK 652/15 –
 2. mittelbar gegen Art. 46 Abs. 2 BayStVollzG
PII-G1320-16-0001
Drs. 17/15147 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über die Kooperation von Mittelschule und Realschule
Drs. 17/11834, 17/15076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Integration junger Flüchtlinge nicht gefährden –
Keine Absenkung der Standards bei den Hilfen für Kinder und Jugendliche
Drs. 17/12018, 17/15067 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rechte der Menschen mit Behinderung schützen –
Bundesteilhabegesetz in jetziger Form konsequent ablehnen
Drs. 17/12628, 17/15068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt, das Votum „Zustimmung“
zugrunde zu legen

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisches Bier gentechnikfrei halten
Drs. 17/13069, 17/15116 (ENTH)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 S. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU)
Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA)
Drs. 17/13314, 17/15070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Bernhard Roos u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP)
Drs. 17/13329, 17/15037 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Überprüfung des Tierschutzes in Schlachthöfen
Drs. 17/13413, 17/14871 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Stand der Umrüstung des Forschungsreaktors FRM II
Drs. 17/13660, 17/14872 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesundheitskosten für Asylbewerber aus Steuermitteln finanzieren
Drs. 17/13663, 17/15071 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD
Keine Wiedereinführung der Regelanfrage beim Landesamt für
Verfassungsschutz bei der Berufung in das Richterverhältnis
Drs. 17/13685, 17/14986 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Erwin Huber, Josef Zellmeier u.a. CSU
Kommunikationsstrukturen im Bereich Kritischer Infrastrukturen (KRITIS)
Drs. 17/13714, 17/15038 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Bankenkredite für den Mittelstand nicht durch übermäßige Regulierung verteuern
Drs. 17/13814, 17/15040 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Sicherung guter Finanzierungsbedingungen für die mittelständischen Unternehmen
Drs. 17/13825, 17/15041 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Überregulierung im deutschen Bankensektor
Drs. 17/13826, 17/15043 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Wildlebensraumberatung in Bayern erhalten und in die Ausbildung an den Landwirtschaftsschulen integrieren
Drs. 17/13881, 17/15117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Insolvenzberatung zukunftsfähig machen!
Drs. 17/14107, 17/15073 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Abwanderung von Spitzentechnologie verhindern
Drs. 17/14108, 17/15045 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Reform der Lebensmittelüberwachung: Transparenz und echte Reformen statt Desinformation, Bürokratieaufbau und Selbstbedienung
Drs. 17/14109, 17/14874 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Bäuerliche Strukturen in Bayern sichern –
stärkere Förderung der ersten Hektare bei Agrarumweltmaßnahmen
Drs. 17/14113, 17/15118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Direktvermarktung in Bayern fördern – Offenlegung möglicher Potenziale
Drs. 17/14114, 17/15119 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neustrukturierung der Lebensmittelüberwachung in Bayern: Wir fordern eine
angemessene Personalausstattung sowie umgehende Information der Betriebe!
Drs. 17/14134, 17/14875 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Rosie Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neuorganisation der Lebensmittelkontrolle –
Offenlegung der Aktivitäten der Staatsregierung
Drs. 17/14135, 17/14876 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher,
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Zweckentfremdung von Bundesmitteln beenden - Kita-Qualität verbessern!
Drs. 17/14153, 17/15075 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einführung eines bayerischen Monitoringprogramms für Kormoran, Graureiher und Silberreiher nach dem Vorbild in Sachsen
Drs. 17/14154, 17/14877 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bundesweites Gentechnikanbauverbot wasserdicht machen!
Drs. 17/14210, 17/14878 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Der Einfluss von Social Bots auf das politische Geschehen in Bayern
Drs. 17/14219, 17/14906 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Laubbläser und Laubsauger auf staatlichen Liegenschaften
Drs. 17/14220, 17/14879 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rettungskräfte in Bayern für besondere Schadenslagen fit machen
Drs. 17/14422, 17/14905 (E)
Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zahl der Drogentoten senken: Rezeptfreie Naloxonabgabe in Apotheken
Drs. 17/14224, 17/15072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD
Sonderprogramm ausweiten: Aufnahme einzelner Kommunen außerhalb der ausgeschriebenen Fördergebiete
Drs. 17/14312, 17/15074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Drohende Schließung des Schaeffler-Werks im Markt Eltershausen
Drs. 17/14412, 17/15046 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Erwin Huber, Joachim Unterländer, Sandro Kirchner u.a. CSU
Geplante Verlagerung des Schaeffler-Werks im Markt
Elfershausen aktiv begleiten
Drs. 17/14463, 17/15047 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schaeffler-Standort Elfershausen erhalten
Drs. 17/14483, 17/15048 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer, Ernst Weidenbusch CSU
Linksextreme Agitation im Landkreis München
Drs. 17/14469, 17/14985 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gleichberechtigung bei Hochwasserhilfe
Drs. 17/12138, 17/15053

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat